

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 866 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Rudolf Bindig MdB zum
AI-Jahresbericht: Hinter
Zahlen stehen Schick-
sale.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zur
Perestroika in der so-
wjetischen Provinz: In
Kyrgystan hat man die
Zeichen der Zeit er-
kannt.

Seite 2

Uta Zapf MdB zur Er-
mordung des kurdi-
schen Politikers Vedat
Aydin: Der Repression
nicht länger tatenlos
zusehen.

Seite 3

Gustav Starzmann MdL
zu einem Forderungs-
katalog der bayeri-
schen SPD: Ökoland-
bau braucht Hilfestel-
lung der Agrarpolitik.

Seite 4

Klaus Wettig MdEP
zum Wegfall des Duty-
Free-Systems im Jahr
1993: Last order.

Seite 5

Dokumentation

Aufruf der AfA Westli-
ches Westfalen: Zu-
kunft der Kohle sichern.

Seite 6

46. Jahrgang / 129

10. Juli 1991

Hinter den Zahlen stehen menschliche Schicksale Zum Jahresbericht von Amnesty International

Von Rudolf Bindig MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre
Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion

Zehntausende von Menschen wurden 1990 in vielen Teilen der Welt im Auftrag von Regierungen hingerichtet, ermordet, brutal gefoltert oder Gerichtsverfahren unterzogen, die nicht im mindesten international anerkannten Rechtsstandards genügen.

Der jetzt von Amnesty International vorgelegte Jahresbericht (Berichtszeitraum Januar bis Dezember 1990) bietet Informationen zur Situation in mehr als 140 Staaten der Erde, bietet Fakten, hinter denen sich erschütternde Schicksale verbergen.

Folter und Mißhandlung von Gefangenen gibt es laut Aussagen von Amnesty in mehr als 100 Staaten der Welt.

- Auch ein Mitgliedsland des Europarates, die Türkei, zählt mit zu den Staaten, in denen noch immer systematisch gefoltert wird.

Auch Kinder erleiden nach wie vor in zahlreichen Staaten der Welt schwere Menschenrechtsverletzungen, stellt die Organisation fest. 1990, dem Jahr in dem die von der UNO-Generalkonferenz zuvor verabschiedete Konvention über die Rechte des Kindes in Kraft trat, sind auch Kinder Opfer von Folter in vielen Regionen der Welt, werden auch Kinder von staatlichen Sicherheitskräften festgenommen und sind "verschwunden" oder werden deren verstümmelte Leichname später am Straßenrand liegend gefunden.

Der Trend zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe habe sich 1990 fortgesetzt, stellt der Amnesty-Bericht fest. 1990 haben die Tschechoslowakei, Ungarn, Mozambique, Namibia, Andorra, Irland und Sao Tome und Principe die Todesstrafe vollständig aus ihren Gesetzbüchern gestrichen. Aber allein nach den Amnesty International bekannt gewordenen Fällen seien im Laufe des Jahres 1990 2.029 Gefangene in 26 Ländern hingerichtet und 2.005 Menschen in 54 Staaten zum Tode verurteilt worden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Heruntergeladen von
www.kommunikation.de
Recycling-Papier



Im Vorwort zu Ihrem Jahresbericht spricht Amnesty International neben den brutalen Menschenrechtsverletzungen, die im Auftrag von Regierungen geschehen noch eine andere Form von Mißbrauch der Menschenrechte an: Regierungen, die Bestrebungen zum Schutz der Menschenrechte sabotieren, indem sie ihren Einfluß nur selektiv geltend machen. Oder Regierungen, die sich innerhalb der Landesgrenzen em Schutz ihrer Bürger vor Menschenrechtsverletzungen verpflichtet fühlen, in ihren auswärtigen Beziehungen hingegen Interessen verfolgen, die häufig mit ihrem Bekenntnis zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte kollidieren.

Der vorliegende Jahresbericht macht deutlich, wie wichtig es ist, daß die Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv an der Weiterentwicklung des internationalen Menschenrechtsinstrumentariums mitwirkt und für einen stärkeren Einsatz der bereits bestehenden Instrumente zum Menschenrechtsschutz eintritt. Noch wichtiger allerdings ist, in den bilateralen Beziehungen zu den Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland entwicklungspolitische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält, immer wieder beharrlich auf die Beachtung der Menschenrechte hinzuwirken und das Ausmaß ihrer Beziehungen oder Ihrer Hilfe von der Bereitschaft der Staaten zur Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen.

Hier ist - als ein Beispiel - der Staatsbesuch von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann in den Iran zu nennen, der kürzlich mit viel Pomp und großem Troß von Wirtschafts- und Industriekapitänen erfolgte. In den Iran, über den im vorliegenden Amnesty-Bericht dokumentiert wird, daß die seit Jahren bekannten grausamen und schwersten Menschenrechtsverletzungen unverändert anhalten.

(-/10. Juli 1991/rs/ks)

In Kyrgystan hat man die Zeichen der Zeit erkannt **Zu den Umgestaltungs-Perspektiven in der sowjetischen Provinz**

Von Horst Sielaff MdB

Neben den großen Problemen, mit denen der Umgestaltungsprozeß in der UdSSR zu kämpfen hat, gibt es inzwischen eine Reihe positiver Resultate, die auch von den Menschen als solche wahrgenommen werden.

So gibt es nicht nur in Rußland politische Führungspersonlichkeiten, die die Unterstützung der Bevölkerung haben. Auch in so weit von Moskau entfernten Sowjetrepubliken wie Kyrgystan (früher Kirgisien) haben inzwischen Menschen das Ruder übernommen, die mit Mut und Kreativität einen neuen Kurs einschlagen.

Der Minister, der mit Frau und zwei Kindern beengt bei den Schwiegereltern lebt, kennt die Probleme der Menschen, für die er Politik macht. Ein solcher nichtprivilegierter Lebensstil wird von der Bevölkerung hoch geachtet und spielt neben den veränderten Inhalten der Politik eine bedeutende Rolle.

Die führenden Männer und Frauen, mit denen ich in Kyrgystan sprechen konnte, haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie treiben das Parlament an, die dringend notwendigen Voraussetzungen und Garantien für westliche Investitionen zu schaffen. In Kyrgystan hat ein Gesetz über die Bildung von Privateigentum in 1. Lesung gerade das Parlament passiert, ebenso wie ein Gesetz zum Schutz ausländischen Eigentums und Investitionen. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um den Lebensstandard so zu heben, daß ein Leben in der UdSSR attraktiv sein kann.

Auch der Schutz nationaler Minderheiten und die Möglichkeit der Pflege der eigenen Kultur und Sprache setzten sich als Kriterien der Politik in der UdSSR allmählich durch. Die über 100.000 Sowjetdeutschen, die in Kyrgystan leben, haben die Unterstützung des Ministerpräsi-

dentem und des Außenministers der Republik. Ihrem "Zentrum deutscher Kultur" in Bischkek (früher: Frunse) stehen Räume zur Verfügung, sie unterhalten Kontakte zu Deutschland, die auch von den Führungspolitikern als nützlich für die Region angesehen werden. Die Bedeutung der Sowjetdeutschen wächst für die Republik in dem Maße, in dem sie nicht nur ideale Brücke zwischen den Nationen und Nationalitäten sind, sondern real zu Kontakten und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Westen beitragen. Immer wieder wurde von meinen Gesprächspartnern der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit betont.

Die Chancen für eine bessere, lebbarere Zukunft in der UdSSR sind allmählich sichtbar. Nach wie vor gibt es aber erhebliche Bremskräfte. Vor allem auf der mittleren und unteren Ebene in Wirtschaft und Politik dominiert noch der alte Stil des Bürokratismus. Nicht selten werden Innovationen geblockt, Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern auf die lange Bank geschoben und dergleichen mehr. Auf dieser Ebene hofft man auf eine Gelegenheit, es "den Neuen" heimzuzahlen.

Gegen die zählebige Macht der Bürokratie brauchen die Reformkräfte in Wirtschaft und Politik der UdSSR die Unterstützung des Westens. Wir sollten die Chancen zur engeren Kooperation nutzen. Dies ist politisch sinnvoll, um die Erfolgchancen für die Reformpolitik in der UdSSR zu stabilisieren und die Möglichkeiten für die Sowjetdeutschen zu verbessern, in ihrer sowjetischen, kirgisischen Heimat zu bleiben. Auch für die westlichen Partner können sich neue Märkte und Perspektiven eröffnen.

Persönlich möchte ich anmerken, daß, wer einmal wie wir einen Flug über die 7.000er-Bergwelt Kyrgystans gemacht oder den bisher für Touristen gesperrten Issykul-See besucht hat, sich nicht vorstellen kann, daß dieser wunderschöne Flecken Erde weiter im Westen unbekannt bleibt. Die Touristik-Branche wird einer der ersten westlichen Wirtschaftszweige sein, die Kyrgystan entdecken.

(-/10. Juli 1991/rs/fr)

Der Repression in der Türkei nicht länger tatenlos zusehen Zur Ermordung des kurdischen Politikers Vedat Aydin

Von Uta Zapf MdB

Mit Abscheu und Entsetzen habe ich die Nachricht aufgenommen, daß der Vorsitzende der HEP (Volkspartei der Arbeit) in Diyarbakir, Vedat Aydin, ermordet worden ist.

Nach Angaben der Familie wurde Herr Aydin in der Nacht des 5. Juli 1991 von drei Personen, die sich als Polizisten ausgaben, zum Verhör mitgenommen. Nachdem Vedat Aydin auch am nächsten Tag noch nicht zurückgekehrt war, teilte die Polizei auf Anfrage mit, daß Herr Aydin nicht von den Polizeikräften festgenommen worden sei, sondern wahrscheinlich von einer türkischen Sondereinheit, die direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt sei.

Am 7. Juli wurde Vedat Aydin auf einer Landstraße in der Nähe von Diyarbakir tot aufgefunden. Seine Leiche wies acht Schußwunden und schwerste Mißhandlungen auf.

Dieser jüngste Mord scheint sich nach den bislang vorliegenden Informationen in eine Vielzahl von Repressionen seitens der türkischen Behörden gegenüber kurdischen Politikern seit Mitte Juni dieses Jahres einzureihen.

Angesichts dieser Entwicklung fordere ich die türkischen Behörden auf, rückhaltlos die Umstände des Todes von Herrn Aydin aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Bundesaußenminister Genscher wird die Frage beantworten müssen, welche diplomatischen Maßnahmen die Bundesregierung zu unternehmen gedenkt, wenn sich die oben wiedergegebene Information bestätigen sollten, daß oberste türkische Behörden, hier die türkische Geheimdienstorganisation "Kontr-Gerilla", hinter diesem Mord stehen.

Die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, insbesondere im Zusammenhang mit der kurdischen Volksgruppe, haben offensichtlich immer noch nicht ihr Ende gefunden, trotz ermutigender Anzeichen im Frühjahr dieses Jahres. Wir dürfen diesen permanenten Menschenrechtsverletzungen türkischer Polizei- und Geheimdienstorgane nicht tatenlos zusehen.

Die Türkei hat die Menschenrechtskonvention des Europarates ratifiziert. Die politisch Verantwortlichen in der Türkei sind dringend aufgerufen, den in der Konvention niedergelegten Menschenrechten endlich Geltung zu verschaffen. Mit Gewalt sind politische Probleme nicht zu lösen.

(-/10. Juli 1991/rs/ks)

Ökolandbau braucht Hilfestellung der Agrarpolitik **Zu einem Forderungskatalog der bayerischen SPD**

Von Gustav Starzmann MdL
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der ökologische Landbau verläßt in Bayern die Nische. Er gewinnt an Bedeutung. Staatliche Programme bieten Anreize, die Produktion auf ökologischen Landbau umzustellen. Andererseits wird der deutsche und auch der bayerische Markt mindestens zur Hälfte mit ausländischen "Öko-Produkten" überschwemmt, die diesen Namen nicht verdienen, weil ihre Herstellung kaum kontrolliert wird. Es kommt deshalb in nächster Zeit darauf an, den "grauen Markt" einzuschränken und insbesondere die regionale Vermarktung eigener Öko-Produkte zu stärken.

Diesen Weg will jetzt die bayerische SPD-Landtagsfraktion mit einem Entschließungsantrag, der zehn Forderungen an die Agrarpolitik stellt, parlamentarisch unterstützen. Der Zehn-Punkte-Forderungskatalog ist die Konsequenz aus einer öffentlichen Anhörung. Im Detail fordert die bayerische SPD-Fraktion:

1. Schwerpunkt künftiger Unterstützung muß der Ausbau der Vermarktung von Öko-Produkten sein
 - auf dem Weg der Direktvermarktung;
 - zur Bedienung der regionalen Nachfrage;
 - zur bestehenden Vermarktung bis hin zu sogenannten Supermärkten.
2. Bei den nationalen oder länderspezifischen Ausführungsrichtlinien der EG-Kennzeichnungsverordnung für Bio-Produkte ist ein Standard zu garantieren, der den Vorschriften der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL) entspricht.
3. Bei allen staatlichen Regelungen zu Vermarktung, Kontrolle und Kennzeichnungsschutz von Öko-Produkten sind die anerkannten Anbauverbände einzubeziehen.
4. Eine Dachorganisation für den Öko-Landbau muß unabhängig von bestehenden Landeskuratorien und mit direkter Beteiligung der Anbauverbände arbeiten.
5. Die Beratung im Öko-Landbau muß sich auch auf die Vermarktung beziehen.
6. Die Beratung im Öko-Landbau soll sowohl über die staatliche Officialberatung als auch durch staatliche Unterstützung der Beratung über die Anbauverbände erfolgen.

7. Programme wie zum Beispiel "aus kontrolliertem Anbau", die den Unterschied zu staatlich geschützten Bio-Produkten verwischen können, sind nicht mehr zu unterstützen.
8. Die Forschungsförderung muß sich verstärkt den Anbau- und Verarbeitungstechniken sowie der Sortenzucht im Ökolandbau widmen. Gegebenenfalls ist dies durch einen eigenen Lehrstuhl für diese Fragen zu gewährleisten.
9. Durch ein staatliches Programm zur artgerechten Tierhaltung ist die Herstellung von Öko-Fleischprodukten zu unterstützen.
10. Sogenannte Markenprogramme, die sich nur auf die Herstellungsregion der Lebensmittel beziehen, sind einzustellen.

Die Vermarktungswege müssen vielfältig ausgebaut werden - auf verschiedenen Ebenen: durch eine weitere Stärkung der Direktvermarktung, durch die Bedienung der regionalen Nachfrage und durch das Eindringen der Bioprodukte in die bestehenden Vermarktungsstrukturen. Bioprodukte im Supermarkt dürfen kein Zukunftstraum bleiben.

(-/10. Juli 1991/rs/fr)

Last order

Zum Wegfall des Duty-Free-Systems im Jahr 1993

Von Klaus Wettig MdEP

"Nutzt die Zeit" möchten wir mit Ovid allen Urlaubern zurufen, die in diesen Tagen zu einer Flugreise starten.

Denn einen wichtigen Teil ihres Urlaubsvergnügens können sie nur noch kurze Zeit genießen. Der Duty-Free, krönender Abschluß vieler Urlaubsreisen, soll 1993 fortfallen. Wenn wir dann in Mallorca, Faro, Madeira, London oder Shannon zum Rückflug starten, müssen wir auf Reise mitbringsel wie preiswerten Cognac und Zigaretten verzichten.

Vorbei werden die Zeiten sein, zu denen wir unerkannt im Duty-Free den Kauf eines Champagner wagten, den wir uns im heimischen Supermarkt verkniffen hätten.

Vorbei sind auch die freigiebigen Stunden, die uns zwischen Frankfurt und Athen zum Kauf von Parfüm für Ehefrau oder Freundin anregten. Schon manche Duftnote wurde über den Alpen in 10.000 m Höhe gewechselt.

Auch die Hersteller von Edel-Krawatten werden den Verlust dieses kleinen, aber trendsetzenden Marktes bedauern. Schon mancher Krawattenmuffel hat seine Mehrjahreskrawatte im Duty-Free gegen ein aktuelles Modell getauscht.

Angesichts dieses Verlustes von Urlaubsqualität schwanken wir, ob der Untergang des Duty-Free unter Vorteil oder Nachteil des EG-Binnenmarktes einzuordnen ist. Die nüchternen Gründe der Ökonomen belehren uns, daß bei angeglichenen Mehrwert-, Spirituosen-, Sekt- und Tabaksteuern die Grenzkontrollen fortfallen und damit auch das Duty-Free-System, das kleine Mengen von Steuern befreite. Schließlich gilt die Befreiung nur für Flugreisende. Für Bahn und Auto gibt es keinen Duty-Free.

Einleuchtende Gründe, nur bringen sie uns den preiswerten Cognac nicht zurück.

Bleibt uns nur ein Schlupfloch: Kommen wir aus einem Nicht-EG-Land zurück, gilt die Duty-Free-Regel weiter. Also, Duty-Free-Freunde, Türkei, Malta, Zypern ist ab 1993 angesagt. Was die Strände in Italien, Frankreich und Spanien nur entlasten kann.

Womit wiederum bewiesen wäre, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben.

(-/10. Juli 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

AfA: Die Zukunft unserer Kohle sichern

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) des SPD-Bezirks Westliches Westfalen hat eine "größere Unterstützung der SPD in den revierfernen Ländern gegen die Kohle-Kahlschlagpolitik des Bundeswirtschaftsministers und der Landesregierung Baden-Württemberg" gefordert. Der AfA-Aufruf aus Dortmund im Wortlaut:

"Es ist höchste Zeit, daß sich alle SPD-Ministerpräsidenten öffentlich zu Wort melden und Johannes Rau und Oskar Lafontaine bei ihrem Einsatz zur Sicherung eines lebens- und leistungsfähigen deutschen Steinkohlebergbaus über die Jahrtausendwende den Rücken stärken. Auf die Offensive von Baden-Württemberg im Bundesrat, den Jahrhundertvertrag nicht zu verlängern, muß eine Gegenoffensive der SPD-regierten Länder für die Fortsetzung des Jahrhundertvertrages folgen.

Nur eine geschlossene SPD, die auch entschlossen für unsere Kohle eintritt, wird Möllemann stoppen und die Bundesregierung zwingen können, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen, und ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzuschlagen, in dem heimische Stein- und Braunkohle einen gesicherten und ausreichenden Platz haben.

Deshalb muß die SPD sich jetzt darauf konzentrieren, den Bruch der kohlepolitischen Verträge und Vereinbarungen durch die Bundesregierung zu verhindern.

Deshalb müssen jetzt Jahrhundertvertrag, Hüttenvertrag und die sozialverträgliche Anpassung in vollem Umfang gesichert werden.

Die AfA warnt davor, die Zukunft der deutschen Steinkohle auch in Teilen der SPD nur isoliert unter finanzpolitischen Erwägungen zu betrachten, anstatt ihren energiepolitischen Stellenwert in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken. Ohne einen lebensfähigen deutschen Steinkohlebergbau wird die SPD ihre energiepolitischen Ziele nicht erreichen können. Die SPD muß selbst herausstellen, weil das keine andere Partei tun wird: Wer sich die Option auf den Verzicht auf Kernenergie offenhalten will, der muß jetzt die Zukunft unserer Kohle sichern."

(-/10. Juli 1991/rs/fr)
